

Niederschrift

über die 3. Sitzung des Rates der Stadt am Dienstag, den 30.09.2014, um 16:00 Uhr im Saal des Bürgerhauses, Schloßmacherstr. 4-5.

Anwesend:

Vorsitzende(r)

Dr. Josef Korsten

Ratsmitglieder

Ingrid Bartholomäus

Maya Benicke

Simon Bornewasser

ab 16.15 Uhr / TOP 5

Joachim Bötte

Ursula Brand

Dietmar Busch

Michael Dummer

Petra Ebbinghaus

Rolf Ebbinghaus

Jutta Eifer

Horst Enneper

Jürgen Fischer

bis 18.25 Uhr / TOP 18

Margot Grüterich

Bernd-Eric Hoffmann

Olaf Jung

Rosemarie Kötter

Ralf-Udo Krapp

Thomas Lorenz

Heide Nahrgang

Elisabeth Pech-Büttner

Annette Pizzato

Dr. Jörg Rieger

Björn Rimroth

Udo Schäfer

Christoph Schlüter

Sebastian Schlüter

Rolf Schulte

Dietmar Stark

Klaus Steinmüller

Gerd Uellenberg

Peter Fritz Sebastian Ullmann

Annette Verhees

Christian Viebach

Dejan Vujinovic

Harald Weiss

von der Verwaltung

Ute Butz

Frank Nipken

Regine Schmidt

Sandra Hilverkus

Burkhard Klein

Schriftführerin

Vanessa Jäger

es fehlt:

Ratsmitglieder

Armin Barg
Klaus Haselhoff
Dr. Axel Michalides
Arnold Müller
Dr. Jörg Weber

Tagesordnung: (geändert)

(Öffentlicher Teil)

1. Sitzordnung des Rates
2. Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt am 25.08.2014 (öffentlicher Teil)
3. Informationen des Bürgermeisters
4. Einwohnerfragestunde
5. Sitzungsort bei Rat- und Ausschusssitzungen (Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2014) AN/0005/2014/1
6. Geschäftsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen BV/0037/2014
7. Satzung der Stadt Radevormwald zur Fortführung der Satzung zur vorgezogenen Dichtheitsprüfung im Einzugsbereich des Uelfesammlers vom 18.03.2009 gem. § 53 Abs. 1 e Satz 2 LWG NRW BV/0015/2014/1
8. Durchführung der Abfallentsorgung BV/0029/2014/1
9. 2. Änderung der Friedhofssatzung BV/0014/2014
10. Widmung von Straßen
- 10.1. Widmung der Gemeindestraße "Am Kümpel" BV/0588/2014
- 10.2. Widmung der Gemeindestraße "Hohenzollernstraße" BV/0589/2014
- 10.3. Widmung der Gemeindestraße "Oberm Kümpel" BV/0590/2014
- 10.4. Widmung der Gemeindestraße "Siepenstraße" BV/0587/2014
11. Genehmigung der Beteiligung an der GTC Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH BV/0038/2014

- | | | |
|-----|----------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------|
| 12. | Einbringung Entwurf Haushaltssatzung 2015 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 | IV/0028/2014 |
| 13. | Änderung Dienstanweisung für Handvorschusskassen | IV/0460/2014 |
| 14. | Überplanmäßig bereitzustellende Haushaltsmittel für Rückstellung Beweissicherungsverfahren Wülfing | BV/0039/2014 |
| 15. | Überplanmäßig bereitzustellende Haushaltsmittel für asylbegehrende Personen | BV/0040/2014 |
| 16. | Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen | IV/0027/2014 |
| 17. | Besetzung von Ausschüssen und Gremien | BV/0043/2014 |
| 18. | Mitteilungen und Fragen | AF/0005/2014 |

Der Bürgermeister eröffnet um 16.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt gemäß § 8 der Geschäftsordnung die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verweist der Bürgermeister auf die vorliegenden Tischvorlagen, bestehend aus einer Anregung der AL-Fraktion zu TOP 4, einer Aufstellung von Herrn Ullmann zu TOP 5 sowie einer Presseerklärung des „Runden Tisch gegen Rechts“, der sich mit den Schmierereien rechter Parolen an einigen Hauswände beschäftigt. Der Bürgermeister schließt sich der Presseerklärung an und verurteilt solche Taten. Er betont, dass auch der Rat hier seine Solidarität gegenüber den Bürgern zeigen sollte.

Zur Tagesordnung beantragt Herr Ebbinghaus die Aufnahme eines neuen Punktes, in dem abschließend über die zukünftige Sitzordnung des Rates entschieden werden soll. Des Weiteren stellt er den Antrag, dass, zumindest teilweise, die Beratungen zu TOP 19 in den öffentlichen Teil verschoben werden.

Herr Nipken gibt an, dass eine Beratung im öffentlichen Teil aus schützenswertem Interesse der beteiligten Gesellschaften nicht empfehlenswert ist.

Der Bürgermeister lässt zunächst über die Verschiebung des TOP 19 abstimmen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, den TOP 19 partiell im öffentlichen Teil der Sitzung zu beraten.

Abstimmungsergebnis:	6 Ja-Stimmen	(2 AL, UWG, 2 Grüne, Ullmann)
	28 Nein-Stimmen	(13 CDU, 8 SPD, 2 UWG, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
	1 Enthaltung	(CDU)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Über die Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Sitzordnung des Rates“ besteht Einvernehmen. Die Behandlung erfolgt unter TOP 1, die Nummerierung der nachfolgenden Tagesordnungspunkte ergibt sich entsprechend.

Weitere Anträge und Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor.

(Öffentlicher Teil)

1. Sitzordnung des Rates

Herr Ebbinghaus erläutert, dass am vergangenen Wochenende versucht wurde, eine Einigung über die Sitzordnung zu erreichen. Als Ergebnis bleibt festzuhalten, dass dem Vorschlag der AL-Fraktion mit Ausnahme der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und proNRW zugestimmt worden ist.

Herr Ullmann appelliert an die Ratsfraktionen die Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes zu beantragen, in dem eine Resolution bzgl. der rechten Schmierereien gefasst werden soll.

Der Bürgermeister führt an, dass das Anliegen nachvollziehbar ist, er aber ganz bewusst bereits vor Eintritt in die Tagesordnung hierzu Stellung genommen hat.

Frau Pech-Büttner erklärt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass der Vorschlag der AL-Fraktion akzeptiert wird.

Der Bürgermeister stellt somit fest, dass der Rat sich einvernehmlich auf den Vorschlag der AL-Fraktion einigt und gibt an, dass dieser ab der nächsten Ratssitzung umgesetzt wird.

2. Niederschrift über die 2. Sitzung des Rates der Stadt am 25.08.2014 (öffentlicher Teil)

Der Rat nimmt die vorgenannte Niederschrift zur Kenntnis.

3. Informationen des Bürgermeisters

Es liegen keine Informationen des Bürgermeisters vor.

4. Einwohnerfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

5. Sitzungsort bei Rat- und Ausschusssitzungen (Antrag AN/0005/2014/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 13.06.2014)

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage und fasst den aktuellen Sachstand zusammen. Er teilt mit, dass bereits erste Erfahrungen im Bürgertreff gezeigt haben, dass es bei größeren Ausschüssen zu Platzproblemen kommt, die mitunter eine Teilnahme von Zuhörern erschweren.

Frau Pech-Büttner betont, dass entgegen des Wortlautes der Verwaltungsvorlage nicht gefordert wurde alle Ausschüsse ausschließlich im Bürgertreff tagen zu lassen, sondern dass alle Ausschüsse lediglich in barrierefreien Räumen stattfinden sollen.

Nach Meinung von Herrn Ullmann besteht in der Nutzung des Mehrzweckraumes im Bürgerhaus für zukünftige Sitzungen eine umsetzbare Lösung.

Bezugnehmend auf die Ausführungen vom Bürgermeister macht Herr Bornewasser klar, dass die Ausnutzung des Bürgertreffs durch eine veränderte Sitzordnung optimiert werden kann, damit dort auch größere Ausschüsse untergebracht werden können.

Herr Ebbinghaus stellt heraus, dass die Errichtung von Barrierefreiheit und sonstiger Erleichterungen für Menschen mit Handicap sich nicht nur auf den kommunalpolitischen Bereich erstrecken sollte, sondern auch in anderen Bereichen des alltäglichen Lebens. Damit sollte sich zukünftig intensiv befasst werden. Er regt an zu prüfen, welche Fördermittel seitens des

Landes, des Bundes oder der EU beantragt werden können um dann über entsprechende Maßnahmen weiter zu beraten.

Herr Stark hält das Begehren des Antrags grundsätzlich für wichtig und nachvollziehbar. Bei der Besichtigung der Räumlichkeiten hat sich herausgestellt, dass bis auf den Bürgertreff kein Sitzungsort komplett barrierefrei ausgebaut ist. Aus diesem Grund wurde sich im Ältestenrat mit großer Mehrheit zunächst für die Erprobung zweier Ausschüsse im Bürgertreff ausgesprochen. Die SPD-Fraktion hält an dem Vorschlag fest und schlägt weiter vor hierfür den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt sowie den Bauausschuss auszuwählen und diese zunächst über einen Zeitraum von einem Jahr dort tagen zu lassen; dann soll eine Auswertung erfolgen. Der Ansatz der AL-Fraktion ist gut, benötigt in der Umsetzung aber Zeit.

Frau Pizzato gibt an, dass die FDP-Fraktion ebenfalls für eine Erprobung zweier Ausschüsse zustimmt.

Herr Viebach erklärt, dass auch die CDU-Fraktion sich den Ausführungen der von Herrn Stark anschließt.

Herr Bornewasser ist der Ansicht, dass insbesondere aufgrund der langen Untätigkeit in diesem Bereich, akuter Handlungsbedarf gegeben ist. Er kann nicht nachvollziehen, warum nur zwei Ausschüsse erprobt werden sollen und aus welchem Grund, es genau die beiden von Herrn Stark genannten Ausschüsse sein sollten. Hier wäre auch der Ausschuss für Demographie eine Möglichkeit, da dieser sich von der Thematik gut anbieten würde.

Herr Hoffmann macht deutlich, dass Inklusion ein Grundrecht ist; die Begrenzung auf lediglich zwei Ausschüsse ist daher auch für ihn nicht verständlich. Weiter merkt er an, dass es sehr verwunderlich war, dass sich bei der Besichtigung nur der Bürgertreff als komplett barrierefrei herausgestellt hat.

Herr Ebbinghaus stellt den Antrag, dass über die Punkte 1,2 und 6 der vorliegenden Anregung der AL-Fraktion abgestimmt werden soll.

Frau Pech-Büttner betont, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterhin auf die Tagung aller Ausschüsse in barrierefreien Räumen besteht und darüber abstimmen lassen möchte.

Es folgt zunächst die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, künftig die Lokalitäten für Rats- und Ausschusssitzungen so zu wählen, dass alle Menschen mit (auch vorübergehenden) körperlichen Beeinträchtigungen die Möglichkeit haben, an den öffentlichen Sitzungen teilzunehmen.

Abstimmungsergebnis:	7 Ja-Stimmen	(3 UWG, 3 Grüne, Ullmann)
	27 Nein-Stimmen	(14 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
	2 Enthaltungen	(2 AL)

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nun folgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Stark.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt die Erprobung des barrierefreien Tagens des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt und des Bauausschuss für zunächst ein Jahr. Nach der Auswertung soll dann erneut darüber entschieden werden.

Abstimmungsergebnis: 27 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
4 Nein-Stimmen (3 Grüne, Ullmann)
5 Enthaltungen (3 UWG, 2 AL)

Die Abstimmung über den Antrag von Herrn Ullmann entfällt aufgrund der Ablehnung des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Bürgermeister lässt nun über die Punkte 1,2 und 6 der Anregung der AL-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Verwaltung zu beauftragen, für das kommende Jahr einen Plan zu entwerfen, wie Barrierefreiheit in einem überschaubaren Zeitraum (< 10 Jahre) für alle öffentlichen Gebäude umgesetzt werden kann. Zudem soll die Verwaltung prüfen, welche Fördermittel vonseiten der EU, des Bundes und des Landes für Baumaßnahmen zur Erlangung eines „barrierefreien Radevormwalds“ zu erreichen sind. Weiter wird in der Verwaltung eine Hotline für Barrierefreiheit eingerichtet, bei der die Zugänglichkeiten von Gebäuden erfragt und die Teilnahme an Sitzungen angemeldet werden kann. Insofern kann dann auch im Bedarfsfall eine Verlegung der Sitzung in einen barrierefreien Raum vorgenommen werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Geschäftsbedarf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen BV/0037/2014

Nachdem der Bürgermeister die Verwaltungsvorlage erläutert hat, begründet Frau Pech-Büttner den vorliegenden Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Herr Ullmann hat große Probleme mit diesem Vorschlag; die erarbeitete Kostengegenüberstellung ist seiner Ansicht nach nicht korrekt. Er gibt an, dass der Fraktion ein kostenfreies Büro in den Räumlichkeiten der Burgstraße zur Verfügung gestellt werden könnte. Diese wurde aber aufgrund der nicht vorhandenen Barrierefreiheit von der Fraktion abgelehnt. Eine Gegenrechnung von monatlich 280,00 € Mietzuschuss ist daher nicht haltbar und stellt die dargestellte Höhe der Ersparnis in Frage. Weiterhin stellen sich weitere Fragen im Bezug auf die Besitzverhältnisse oder der Zuständigkeit bzw. Kostenübernahme bei eventuellen Beschädigungen und notwendigen Reparaturen.

Frau Pizzato erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Vorschlag ebenfalls nicht vorbehaltlos gegenübersteht.

Herr Stark gibt an, dass er den Antrag nicht für tragfähig hält. Er betont, dass die Arbeitsfähigkeit der Fraktionen zwar kurzfristig sichergestellt werden muss, aber dies eine solche Ein-

8. Durchführung der Abfallentsorgung**BV/0029/2014/1**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage.

Nach Meinung von Herrn Ebbinghaus sind die Kosten, die der BAV durch die Übertragung der Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung verursachen wird, noch nicht absehbar. Seiner Ansicht nach hat der Beirat auch nicht die Möglichkeit, die Kostenkalkulation des BAV zu ändern, daher ist die Kostenentwicklung nicht einzuschätzen. Die Argumentation für die Übertragung, dass die Durchführung der notwendigen europaweiten Ausschreibung kompliziert ist, kann nicht akzeptiert werden. Herr Ebbinghaus ist eher der Meinung, dass das erforderliche Wissen angeeignet werden soll; dies kann dann auch bei weiteren zukünftigen Ausschreibungen dieser Art angewandt werden. Zudem stellt er klar, dass entgegen der Ausführungen im letzten Haupt- und Finanzausschuss seitens der Verwaltung keine Stelle eingespart wird bzw. der Haushalt dadurch nicht entlastet wird. Es erfolgt lediglich die Entlastung eines Mitarbeiters, dessen Gehalt bis dato zum Teil aus den Müllgebühren unmittelbar finanziert wurde. Des Weiteren wird die Arbeit des Beirats nicht öffentlich stattfinden und soll nur den entsprechenden Mitgliedern zur Kenntnis gegeben werden; eine Information des gesamten Stadtrats wird es nicht geben. Abschließend macht er deutlich, dass bei einer heutigen positiven Beschlussfassung sowohl Transparenz als auch die Nähe zur Dienstleistung aufgegeben wird. Die AL-Fraktion appelliert an die Fraktionen noch einmal genau darüber nachzudenken.

Frau Pech-Büttner betont, dass sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung anschließen wird. Sie macht klar, dass aus den vorliegenden Unterlagen hervorgeht, dass alle Entscheidungskompetenzen beim Beirat liegen.

Herr Ullmann kann dem Verwaltungsvorschlag nicht zustimmen, da die Übertragung an den BAV seiner Ansicht nach nicht die beste, sondern nur die einfachste Lösung darstellt. Er spricht sich dafür aus, nicht noch mehr Leistungen und Aufgaben extern zu vergeben.

Herr Viebach stellt fest, dass bei intensiver Auseinandersetzung mit dem Thema klar wird, dass die Verwaltung nicht dazu in der Lage ist, die notwendige europaweite Ausschreibung vorzunehmen. Durch den Anschluss an den BAV ergibt sich ebenfalls die Möglichkeit, dass aufgrund der gemeinsamen Ausschreibung mit anderen Kommunen, günstigere Konditionen erreicht werden können. Weiterhin ist insbesondere im Hinblick auf die zu erwartenden Änderungen und Neuerungen im Abfallgesetz ein Vorteil in der Zugehörigkeit zum BAV zu erkennen. Aus diesen Gründen wird sich die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag anschließen.

Frau Pizzato erklärt, dass die FDP-Fraktion der Übertragung an den BAV ebenfalls zustimmen wird.

Herr Hoffmann gibt an, dass auch die UWG-Fraktion dem Vorschlag folgen wird.

Auch Herr Stark sieht hier eine kostengünstigere Abwicklung der Abfallentsorgung und gibt an, dass die SPD-Fraktion sich dem Vorschlag anschließen wird.

Herr Ebbinghaus räumt zwar ein, dass die Durchführung einer europaweiten Ausschreibung kompliziert ist, stellt jedoch noch einmal heraus, dass man die daraus resultierenden Erfahrungen zukünftig auch bei anderen Ausschreibungen dieser Größenordnung anwenden kann ohne sich externer Hilfe bedienen zu müssen. Ebenso hält er die zu erwartenden Einsparungen, die durch den Anschluss an den BAV entstehen sollen, als spekulativ.

Herr Viebach macht abschließend deutlich, dass die Interessen des Bürgers darin liegen, dass die Abfälle zuverlässig abgefahren werden und die Kosten nicht zu hoch sind; dies wird durch die Übertragung an den BAV sichergestellt.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Aufgaben der öffentlichen Abfallentsorgung zum 1. Januar 2015 per öffentlich-rechtlicher Vereinbarung auf den Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) zu übertragen.

Abstimmungsergebnis: 33 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
3 Nein-Stimmen (2 AL, Ullmann)

9. 2. Änderung der Friedhofssatzung

BV/0014/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Friedhofssatzung der Stadt Radevormwald vom 30.06.2011 in der Fassung der 1. Änderung vom 18.03.2014 entsprechend den Erläuterungen zu den §§ 7, 17, 21 und 36 zu ändern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Widmung von Straßen

10.1. Widmung der Gemeindestraße "Am Kümpel"

BV/0588/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Straße „Am Kümpel“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10.2. Widmung der Gemeindestraße "Hohenzollernstraße"

BV/0589/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die „Hohenzollernstraße“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10.3. Widmung der Gemeindestraße "Oberm Kümpel"**BV/0590/2014**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die Straße „Oberm Kümpel“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10.4. Widmung der Gemeindestraße "Siepenstraße"**BV/0587/2014**

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, die „Siepenstraße“ für den öffentlichen Verkehr gemäß § 6 Absatz 1 des Straßen- und Wegegesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen in der zur Zeit geltenden Fassung entsprechend den Erläuterungen zu widmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Genehmigung der Beteiligung an der GTC Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH **BV/0038/2014**

Der Bürgermeister erläutert die Verwaltungsvorlage.

Frau Pech-Büttner beurteilt den Vertrag als sehr verwirrend; z.B. wird zwischen Euro und DM hin und her gesprungen und es geht nicht hervor, wer den Vertrag unterschrieben hat. Sie bittet weiter um Auskunft, ob neben den genannten 2.600 € weitere Verpflichtungen gegenüber der GTC bestehen und was passiert, wenn der Rat der Beteiligung heute nicht zustimmt.

Der Bürgermeister gibt an, dass der Vertrag damals von ihm und Herrn Meskendahl unterschrieben worden ist. Weitere Verpflichtungen der Stadt gegenüber der GTC existieren nicht. Bei einer heutigen Ablehnung durch den Rat wird gegenüber der GTC der Austritt erklärt. Er teilt dem Rat mit, dass die Beteiligung damals u.a. auf Wunsch des ebenfalls dort beteiligten Oberbergischen Kreises erfolgt ist. Bezüglich der Sprünge zwischen Euro und DM merkt der Bürgermeister an, dass dies auf partielle Änderungen innerhalb des Vertrages zurückzuführen ist.

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus erklärt Herr Nipken, dass der vorliegende Vertrag auf dem aktuellsten Stand ist und Radevormwald somit nicht zu den Gesellschaftern zählt, die zu einem Verlustausgleich verpflichtet sind.

Frau Ebbinghaus erklärt, dass die AL-Fraktion der Beteiligung aus Formgründen nicht zustimmen wird.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat genehmigt die Beteiligung an der GTC Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach GmbH, Bunsen-Str. 5, Gummersbach, mit einem Anteil von 2.600 Euro.

Abstimmungsergebnis: 30 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 2 FDP, 2 proNRW, Bürgermeister)
 5 Nein-Stimmen (2 Grüne, 2 AL, Ullmann)
 1 Enthaltung (Grüne)

12. Einbringung Entwurf Haushaltssatzung 2015 einschließlich Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2022 IV/0028/2014

Herr Nipken erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2015 einschließlich des fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzeptes 2012 – 2022.

Zunächst erfolgen ein kurzer Rückblick auf das Haushaltsjahr 2013 und ein kurzer Bericht zum aktuellen Haushaltsjahr. Zum Entwurf des Haushalts 2015 teilt Herr Nipken anfänglich mit, dass keine Erhöhung der Hebesätze vorgesehen ist. Die Ausgaben sind um 2,2 Mio. € geringer als im laufenden Haushaltsjahr und auch die Einnahmen verbessern sich gegenüber 2014 um ca. 100.000 €. Insgesamt wird mit Einnahmen von 46,3 Mio. € und Ausgaben von 51,6 Mio. € geplant. Im Vergleich der Planung 2014 zur Planung 2015 ist im Hinblick auf das Gewerbesteueraufkommen festzuhalten, dass aufgrund aktueller Konjunkturprognosen von nur noch rd. 12,4 Mio. € in 2015 auszugehen ist. Durch die Zahlung einer höheren Kreisumlage und dem Wegfall div. Zuweisungen verschlechtert sich die Einnahmesituation um rd. 1,3 Mio. € gegenüber der Finanzplanung. Einen weiteren großen Posten im Haushalt bildet der Etat für Kinder, Jugendliche und Familien mit ca. 9,6 Mio. €. Durch gesetzliche Änderungen im Bereich der Kindergärten und der Kindertagesstätten kommt es trotz erhöhter Landeszuweisungen zu Mehrausgaben von rd. 189.000 €. Da leider auch die Fallzahlen im Bereich der Jugendhilfe wieder steigen, ist hier mit Mehrausgaben von ca. 369.000 € zu rechnen. Dazu sind für den Bereich der Hilfen für Flüchtlinge und Asylbewerber aufgrund der aktuellen Weltlage ca. 170.000 € mehr als für 2015 noch geplant anzusetzen. Zusammenfassend fallen somit insgesamt Mehrausgaben i.H.v. 2 Mio € an. Bei der Haushaltsaufstellung konnten insgesamt 700.000 € an anderen Stellen eingespart werden, sodass sich per saldo eine zusätzliche Belastung von rd. 1,3 Mio. € ergibt. Der geforderte Haushaltsausgleich lässt sich aber aufgrund der im Haushalt 2014 getroffenen und fortgeführten Konsolidierungsmaßnahmen in 2022 nach wie vor darstellen. Bezugnehmend auf den Finanzplan für 2015 führt Herr Nipken zunächst aus, dass Radevormwald nur dann eine lebenswerte, lebendige und attraktive Stadt bleiben kann, wenn auch zukünftig in eine gute Kindergarten- und Schulversorgung, eine gute soziale Infrastruktur sowie in div. Vereine investiert wird. U.a. hierfür sind im Haushalt 2015 ca. 5,6 Mio. € für Investitionen enthalten. Die Finanzierung erfolgt zumeist durch entsprechende Zuweisungen, Förderungen etc; 2 Mio. € an Kreditaufnahmen stehen hier 2,1 Mio. € Tilgung gegenüber. Herr Nipken geht davon aus, dass der Schuldenstand von 31,7 Mio. € bis Ende 2015 konstant bleibt und bei den Liquiditätskrediten ein geringer Anstieg von 30,2 auf 30,5 Mio. € zu verzeichnen sein wird. Zu den größten Investitionsmaßnahmen gehören die Sanierung des Industriegeländes Wülfig (630.000 €), die Kanal-Renovierung/Erneuerung (375.000 €), die Umgestaltung Zufahrt Kaiserstraße-Ost (360.000 €), der Kanalbau II. Ülfen-Neuenhof (340.000 €), Eigenkapitalaufstockungen bei Beteiligungen (340.000 €), die Erneuerung der Straßenbeleuchtung (300.000 €), der Bau der Sportanlage Schulzentrum (285.000 €) sowie die Ersatzbeschaffung eines Löschfahrzeugs (265.000 €). Für Sanierungsmaßnahmen an Schulen sind rd. 287.000 € angesetzt. Abschließend erklärt Herr Nipken, dass der größte Teil der vorgetragenen Daten auf Schätzungen beruhen; Änderungen von großer Tragweite sind noch möglich. Er teilt mit, dass die Haushaltspläne allen Rats- bzw. Fraktionsmitgliedern in den nächsten Tagen zugehen werden und der Entwurf im Internet zur Verfügung gestellt wird.

Herr Viebach bedankt sich bei der Verwaltung für die Erarbeitung von zwei Haushalten in einem Jahr. Durch die frühe Fertigstellung des Haushalts 2015 können Maßnahmen zukünftig schneller umgesetzt werden.

13. Änderung Dienstanweisung für Handvorschusskassen IV/0460/2014

Der Rat nimmt die Änderung der Dienstanweisung für Handvorschusskassen zur Kenntnis.

14. Überplanmäßig bereitzustellende Haushaltsmittel für Rückstellung Beweissicherungsverfahren Wülfing BV/0039/2014

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus gibt Herr Nipken an, dass die zur Deckung herangezogenen Positionen nicht mehr benötigt werden, da diese Maßnahmen aus dem Budget der Gebäudeunterhaltung gezahlt werden können.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat stellt gem. § 83 GO überplanmäßig im Produkt 1.09.01.01, Konto 544700, 60.000 Euro zur Fortführung des Beweissicherungsverfahrens Wülfing bereit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

15. Überplanmäßig bereitzustellende Haushaltsmittel für a-sylbegehende Personen BV/0040/2014

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus führt Herr Nipken an, dass Mittel aus dem Bereich „Ordnungsbehördlicher Maßnahmen“ zur Deckung herangezogen werden können, da es z.B. weniger von der Stadt durchzuführenden ordnungsbehördlichen Bestattungen gegeben hat als angedacht.

Weiter bittet Herr Ebbinghaus um Erklärung der Deckung aus dem Bereich „Fußgängerbrücke Wülfing“. Die Verwaltung sagt zu, diese Information dem Protokoll beizufügen. (Anm. der Verwaltung: Die Mittel stehen zur Deckung in 2015 zur Verfügung, da die Maßnahme erst in 2015 erfolgen soll und daher auch im Haushaltsplanentwurf 2015 erneut veranschlagt wurde.)

Der Bürgermeister teilt dem Rat mit, dass es im Hinblick auf die Entwicklung in der aktuellen Weltlage dazu kommen kann, dass neben der Bereitstellung weiterer Räumlichkeiten auch die Einstellung von Betreuungs- und Verwaltungskräften notwendig werden wird, da das vorhandene Personal nicht mehr zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ausreicht.

Auf Nachfrage von Herrn Schäfer gibt Frau Butz an, dass es derzeit 80 Zuweisungen gibt und wöchentlich zwei Personen kommen.

Herr Nipken fügt ergänzend hinzu, dass die finanziellen Hilfen schwer zu planen sind, da die Personen teilweise nur vorübergehend und nicht das ganze Jahr über untergebracht werden.

Aus diesem Grund geht man derzeit für die Beplanung von durchschnittlich 70 Personen aus.

Es folgt nun die Abstimmung.

Beschluss:

Der Rat stellt nach § 83 GO überplanmäßig bereit:

1. bei Teilprodukt 1.05.04.01.01, Kostenart 533810, Krankenhilfe nach dem A-sylbLG 15.000 €,
2. bei Teilprodukt 1.05.04.01.01, Kostenart 542100, Miete/Pacht für unbew. Wirtschaftsgüter 3.000 €,
3. bei Teilprodukt 1.05.04.01.01, Kostenart 542110, Mietnebenkosten 11.000 €,
4. bei Teilprodukt 1.05.04.01.02, Kostenart 533800, Leistungen nach dem A-sylbLG 131.000 € und
5. bei Teilprodukt 1.05.04.01.04, Kostenart 533800, Leistungen nach dem A-sylbLG 2.000 €

Abstimmungsergebnis: 34 Ja-Stimmen (14 CDU, 8 SPD, 3 UWG, 3 Grüne, 2 AL, 2 FDP, Ullmann, Bürgermeister)
2 Enthaltungen (2 proNRW)

16. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Investitionen IV/0027/2014

Der Rat nimmt die vorgenannte Auflistung zur Kenntnis.

17. Besetzung von Ausschüssen und Gremien BV/0043/2014

Beschluss:

Der Rat der Stadt beschließt, als Vertreter der Polizei Herrn Oliver Jung als gesetzlich vorgeschriebenes beratendes Mitglied und Frau Heide Saßenbach als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss zu benennen.

Der Rat der Stadt beschließt, als Vertreterin der Schulen Frau Barbara Janowski als gesetzlich vorgeschriebenes beratendes Mitglied und Frau Gina Hellerling als stellvertretendes Mitglied im Jugendhilfeausschuss zu benennen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Der Bürgermeister verweist auf ein Schreiben des Städte- und Gemeindebundes und informiert den Rat, dass die Stadt Radevormwald insgesamt fünf Delegierte zur Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes schicken kann. Bisher war es so, dass neben dem Bürgermeister, die vier stärksten Fraktionen einen Vertreter entsenden können. Er bittet die Fraktionen um kurzfristige Nennung der Delegierten.

Herr Bornwasser erklärt den Verzicht der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zugunsten der AL-Fraktion.

Beschluss:

Auf Antrag der SPD-Fraktion beschließt der Rat der Stadt folgende Umbesetzungen:

Herrn Björn Rimroth wird als Mitglied der Verbandsversammlung Wasserversorgungsverband anstelle von Herrn Thomas Klee benannt.

Frau Margot Grüterich wird als stellvertretendes Mitglied der Verbandsversammlung Wasserversorgungsverband anstelle von Herrn Björn Rimroth benannt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

18. Mitteilungen und Fragen**AF/0005/2014**

a) Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum „Jahnplatz“

Die Beantwortung der Fragen 1-7 erfolgt durch Frau Butz und die Beantwortung der Fragen 8-10 durch Herrn Klein.

Zu 1.)

Weitere kostenfreie Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung bestehen durch Nutzung des Bolzplatzes in Dahlhausen sowie des Bolzplatzes in der Südstadt. Zudem gibt es noch den Sportplatz „Kollenberg“ und den Sportplatz „Wupper“, die man auch ohne Zugehörigkeit zu einem Sportverein nutzen kann. Ferner befindet sich derzeit eine BMX-Anlage im Bau.

Zu 2.) und 3.)

Siehe Beantwortung zu Frage 1

Zu 4.)

Ja.

Zu 5.)

Mit den genannten Vereinen und sonstigen Institutionen ist Einvernehmen erzielt worden, da ein neuer Sportplatz errichtet wird, der von diesen auch genutzt wird.

Zu 6.)

Die Stadt Radevormwald hat in Zusammenarbeit mit sämtlichen Verein eine Vielzahl von Angeboten geschaffen. In diesem Zusammenhang wird auch auf das Heft „Augenblick mal“ hingewiesen, welches die Jugendförderung mit Unterstützung verschiedener Sponsoren etc. erarbeitet hat und in dem verschiedene Angebote und Möglichkeiten vorgestellt und angeboten.

Zu 7.)

Nein, da Alternativen (siehe Frage 1.) vorhanden sind.

Zu 8.)

Dies kann man zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beantworten. Der Entwurf eines Bebauungsplans liegt derzeit noch nicht vor. Wenn man anhand von Erfahrungswerten bei einer Gesamtfläche von 13.000 qm von einer Baufläche mit ca. 11.000 qm ausgeht und dann einen unteren Wert bei 130 €/ pro qm ansetzt, kommt man auf eine Summe von 1,4 Mio. €. Hiervon sind dann noch die anfallenden Kosten, die für die Erschließung (u.a. Kanalbau, Straßenbau, Errichtung einer Lärmschutzwand, Bodengutachten, Bau eines Spielplatzes und Ausgleichsmaßnahmen) notwendig sind, abzuziehen.

Zu 9.)

Nein, da diese durch die bereits genannten Kosten abgedeckt sind.

Zu 10.)

Die Verwaltung geht davon aus, dass die Vermarktung erfolgreich sein kann; es sind auch bereits entsprechende Anfragen eingegangen.

Auf Nachfrage von Herrn Hoffmann gibt Herr Klein an, dass der Beginn der Vermarktung von dem Bebauungsplan abhängt; dieser ist vorgesehen für Anfang 2015. Weiter betont er, dass der Bedarf an Baugrundstücken in Radevormwald sehr groß ist.

Frau Pech-Büttner bedankt sich für die ausführliche Beantwortung der Anfrage.

b)

Frau Ebbinghaus bittet um einen Sachstandsbericht bzgl. der Problematik in der Bausubstanz der Turnhalle / Realschule.

Der Bürgermeister sagt zu, diese Informationen dem Protokoll beizufügen. (Anm. der Verwaltung: Der FB Gebäudewirtschaft hat in der 40. KW die Räumlichkeiten der Turnhalle II und der Realschule auf Schäden die durch Arbeiten am neuen Sportplatz hervorgerufen sein könnten überprüft und dabei keine augenscheinlichen Mängel entdecken können. Dies wurde in der 41. KW noch einmal wiederholt, mit dem gleichen Ergebnis. Dem FB GW sind von Seiten der Gebäudenutzer bis heute keine Auffälligkeiten angezeigt worden.)

c)

Herr Ullmann möchte wissen, ob die Verwaltung mittlerweile eine Stellungnahme zum Ausschluss von Ratsmitgliedern aus dem Ältestenrat an den Kreis abgegeben hat.

Der Bürgermeister bejaht dies.

d)

Auf Nachfrage von Herrn Ebbinghaus, ob der Bauverwaltung ein Bauantrag zur Errichtung von Reihengaragen in der Friesenstraße vorliegt, führt Herr Klein an, dass ihm ein solcher Antrag nicht bekannt ist. Er sagt aber zu, dies sicherheitshalber zu überprüfen und die Antwort dem Protokoll beizufügen. (Anm. der Verwaltung: Aktuell liegt ein entsprechender Bauantrag nicht vor.)

Ende der öffentlichen Sitzung: 18.25 Uhr

Dr. Josef Korsten
Vorsitzender

Vanessa Jager
Schriftführer